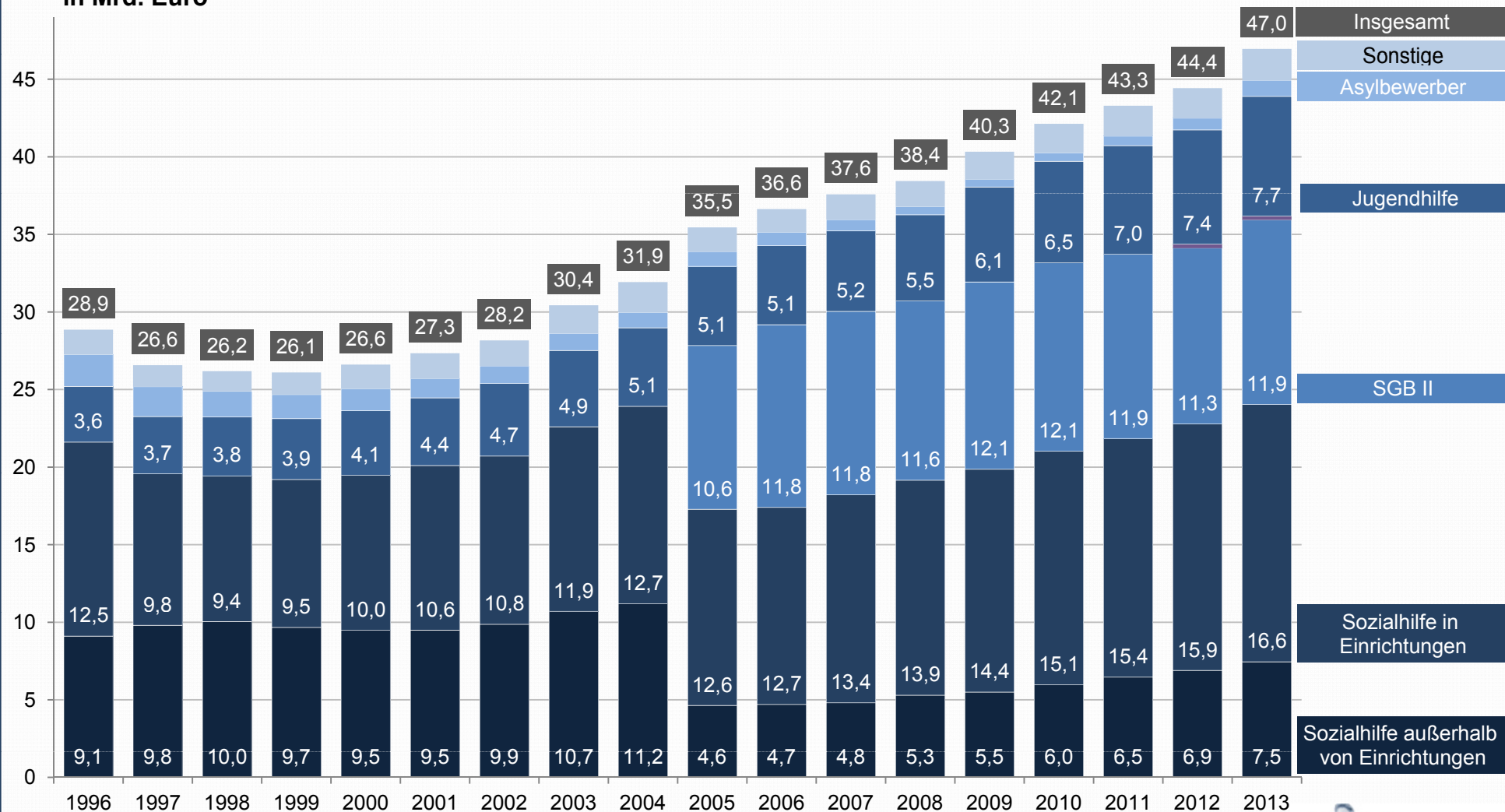


# ■ Soziale Leistungen\* der Kommunen nach Leistungsarten 1996 - 2013 in Mrd. Euro



Quelle: Deutscher Städtetag, Berechnungen nach der Kommunalstatistik des Statistischen Bundesamtes  
\* ohne Berücksichtigung von ausgabenspezifischen Einnahmen

## **Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben der Gemeinden: 2000 - 2014**

Die sozialen Leistungen der Kommunen konzentrieren sich auf zentrale Felder, die in in ihrer Entwicklung seit 1996 dargestellt werden. Auffällig ist, dass es im Jahr 2005 zu einem Strukturbruch gekommen ist: Durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (SGB II/HartzIV) haben sich die Ausgaben für die Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen deutlich (von 11,2 auf 4,6 Mrd. Euro) reduziert, im Gegenzug müssen die Kommunen seitdem aber für einen Teil der Ausgaben (10,6 Mrd. Euro) nach dem SGB II aufkommen. Im Saldo entstehen dadurch Mehrbelastungen, die zu einem Anstieg der Sozialausgaben insgesamt führen (2004: 31.9 Mrd. Euro; 2005: 35,5 Mrd. Euro).

Im Jahr 2013 summieren sich die Ausgaben für die Sozialhilfe (innerhalb und außerhalb von Einrichtungen) auf 24,1 Mrd. Euro. Das entspricht gut der Hälfte der Gesamtausgaben. Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) werden 11,9 Mrd. Euro eingesetzt (25,3 % der Gesamtausgaben) und für die Jugendhilfe 7,7 Mrd. Euro (16,4 % der Gesamtausgaben).

Hinter diesem Anstieg stehen mehrere Faktoren, vor allem aber:

- der Ausbau der Kindertagesstätten, insbesondere bei den Krippenplätzen (vgl. [Abbildung VII.28](#)),
- die vermehrte Inanspruchnahme der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und der gleichzeitig steigenden Kosten je Fall (vgl. [Abbildung III.54](#) und [Abbildung III.55](#)),
- die trotz der Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur leicht rückläufige Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (vgl. [Abbildung III.56](#) und [Abbildung III.61](#))

## **Leistungen der kommunalen Sozialpolitik**

Im Bereich der (steuerfinanzierten) Sozialen Sicherung, also jenseits der Leistungen der einzelnen Zweige der Sozialversicherung, kommt den Kommunen eine zentrale Bedeutung zu. Sie sind örtliche Träger der Sozialhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (z.T. auch in alleiniger Verantwortung) der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Auch die Finanzierung der Leistungen der Sozialhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe obliegt den Kommunen; sie erhalten dabei teilweise eine finanzielle Unterstützung von den jeweiligen Bundesländern und (indirekt) auch vom Bund. Das gilt im Besonderen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung und für die Grundsicherung im Alter.

Die Kosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden gemeinsam vom Bund und den Kommunen getragen; die Kommunen übernehmen dabei den wesentlichen Teil der Kosten der Unterkunft (vgl. [Abbildung III.62](#)).

Im Wesentlichen handelt es sich bei der kommunalen Sozialpolitik um folgende Aufgaben:

- Sozialhilfe/SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen (u.a. Hilfen zur Gesundheit, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe in anderen Lebenslagen), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.
- Kinder- und Jugendhilfe/SGB VIII: u.a. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Familienförderung, Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung;
- Grundsicherung für Arbeitsuchende/SGB II: Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Kosten der Unterkunft, Leistungen der Eingliederung in Arbeit
- Leistungen für Asylbewerber

Hinzu kommen können freiwillige Leistungen der Kommunen.

Im Rahmen der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über den Fiskalpakt wurde vereinbart, dass die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise vom Bund übernommen wird. Die volle Übernahme der Kosten ist 2014 vollzogen worden.

## **Methodische Hinweise**

Die Daten entstammen der Kommunalstatistik des Statistischen Bundesamtes, die von Ausgabenstatistik des Deutschen Städtetages methodisch abweicht.

Die Datengeben einen Überblick über die durchschnittliche Ausgabenhöhe und -entwicklung. Die Verhältnisse in einzelnen Städten und Landkreisen weichen von diesem Durchschnitt erheblich ab. So liegen in den Städten in wachstumsstarken Regionen mit einer günstigen Arbeitsmarktlage und einem hohen Einkommensniveau die Ausgaben für die Sozial- und Jugendhilfe und für die Grundsicherung deutlich unter dem Durchschnitt. Auf der anderen Seite müssen die Kommunen in den strukturschwachen Regionen (so im Ruhrgebiet) besonders hohe Sozialausgaben verkräften.